

Die "Freiheit" erscheint wöchentlich am Freitag und Samstag mit 2 Ausgaben. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Stadt-Berlin 4,50 M., bei Fernlieferung monatlich 4,75 M., bei Lieferung unter Fremden für Deutschland 5.— M., für Ausland 6.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2594.

Verstehe ich die abgegebene Honorarliste ab, deren Name eintritt. Leserschriften 1,20 M., das abgedruckte Wort 1,15 M., das weitere Wort 65 Pf., Nummern und Organisationsanzeigen die abgegebene Honorarliste 2,00 M., das fertige Druckwort 25 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inserate für den darauf stehenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2595-96, 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Das schwarze Hundert.

## Nationalistische Methoden.

Die in jeder Gewalttat erprobten Schergen und Trabanten des Nationalismus, haben bereit gestanden, um, wie sie sich phantastisch ausdrückten, mit ihren Leibern die Offiziere zu bedecken, deren Auslieferung die Entente verlangte. Die besonnenere Haltung der Alliierten hat diesen zum äußersten entschlossenen Kampfmittel nicht zur Entfaltung kommen lassen und die wilden Gezeiten die die deutsche Ehre für ein Gut halten, das sich nur mit Revolver und Knüttel verteidigen lasse, haben sich einigermaßen entschüchelt. Aber sie wachen noch anderen Möglichkeiten zur Entladung ihrer Energie, denn sie wollen sich nicht umsonst gerüstet haben. Sie finden sie in den friedlichen Werksstätten jener Leute, die über Kriegsschuld und Kriegsverbrechen andere Auffassungen haben als sie selbst, und sie gebärden sich dort um so kühner, als sie nicht zu bezwingen brauchen, daß ihrer Brutalität ein ernsthafter Widerstand geleistet wird.

Am gestrigen Abend haben sie sich zum Schauplatz ihrer patriotischen Seldentaten eine Versammlung des Bundes Neues Vaterland erwählt, in der Hellmuth von Gerlach über die Auslieferungsforderung sprechen sollte. Auf diesem Kampffeld sind sie die Sieger geblieben. Mit Häufen und Gummimitteln haben sie über ihre Gegner triumphiert, und sie können sich an dem stolzen Gedanken erheitern, daß ihre handgreiflichen Argumente härter gewesen sind, als die Gründe der Pazifisten. Männer und Frauen sind von ihnen aufs Schwerste verwundet worden, Blut ist geflossen zur Ehre des deutschnationalen und monarchistischen Gedankens.

Herr von Gerlach hat die Forderung der Auslieferung bekämpft. Er stand, in der Befürchtung, daß weiteres Einlenken von der Entente nicht zu erwarten sei, auf einem Standpunkt, daß ein neutraler Gerichtshof die Angeklagten aburteilen solle. Es ist sicher, daß er heute durchaus mit ihrer Verweisung vor das Reichsgericht in Leipzig, sich einverstanden erklärt.

Aber seine Überzeugung und seine Haltung tun nichts zur Sache. Die nationalistischen Rowdies haben ihn seine Ansichten nicht entwickeln lassen. Sie warteten nicht ab, was der Redner zu sagen hatte. Sie waren gekommen, um zu hören und zu urteilen, sie waren gekommen zu handeln, d. h. zu mißhandeln. Kaum hatte Gerlach seine Rede begonnen, als er unterbrochen wurde und einer der uniformierten Verbrecher auf das Podium stürzte, um ihm einen Faustschlag zu versetzen. Die Versammlung wurde geschloffen, aber der Zweck dieser politischen Einbrecher war noch nicht erreicht. Gerlach erhielt einen Trittschlag in den Unterleib, der ihn zu Boden stürzen ließ, und nur das Dazwischentreten der Frauen ersparte ihm das Schicksal, das in München einem Gustav Landauer bereitet worden ist. Wohin die Abicht ging, ließ sich aus den Drohungen erkennen, die die Menge ausstieß. „Mit Ihnen muß ein Ende gemacht werden“, war die Parole.

Das gleichzeitige der Schlägruf gegen die Juden erlöste, verfiel sich von selbst. Wer nicht deutschnational ist, wer nicht in das Hoch auf den Landesverderber in Holland einstimmt, ist ein Jude und jeder Niedertracht preisgegeben.

Der Mob war in die Uniformen gemeiner Soldaten und Matrosen gekleidet. Aber monche Anzeichen drohen dafür, daß hier eine Moskade aufgeführt worden ist. In den abgetragenen Uniformen saßen Angehörige der sogenannten besseren Stände, und wenn sie Soldaten waren, so waren sie Offiziere. Bedürfte es dafür noch eines Beweises, so scheint er uns dadurch gegeben zu sein, daß die Leuten, die die spät eintreffende Sicherheitswehr auf die Wache brachte, sich ohne Ausnahme im Besitz einer Waffenerlaubnis zum Tragen von Waffen befanden.

Als kirchlich irgendwo in der Provinz ein oder zwei Versammlungen der Alldeutschen von Sozialdemokraten aufgelöst, auf friedliche Weise gesprengt worden waren, hat die „Deutsche Tageszeitung“ gewaltig entzündet. Sie sprach von Banditenstreichen, die hier verübt würden. Wie wird sie das Vorgehen ihrer Freunde und Gesinnungsgenossen nennen, die sich nicht darauf beschränken, eine Kundgebung anders Denkender durch Rärm zu führen, sondern die Gegner buchstäblich niedertrampeln

und ohne in irgendeiner Weise provoziert zu sein, ihre Straß und ihren Mut selbst an Frauen anlassen? Vielleicht findet sie einige Worte des Bedauerns, aber wir sind heute schon überzeugt, daß aus ihnen die Genugtuung über die vortreffliche Gesinnung herausklingen wird, die in den acht deutschen Männern lebt, die sich für ihre angebeteten Nahrung zwar nicht töten lassen, aber bereit sind, Begehle für sie umzubringen.

Wie könnte es auch anders sein? Der Ton, der in der sogenannten nationalen Presse angeklungen worden ist, hat diese Vorgangsstimmung großgezogen. Die im Krieg Verwunderten sind noch verroht worden durch die Art wie die Organe der deutschnationalen öffentlichen Meinung, sobald sie sich von dem ersten Schreden der Revolution erholt hatten, alle wirklichen und ehrlichen Republikaner der Verachtung und der Wut des Surrapobels preisgegeben haben.

Aber das Bild des gestrigen Abends liefert auch eine treffliche Illustration zu der Auseinandersetzung über die Verbrechen im Kriege. Läßt sich noch daran zweifeln, daß in Heidebrand Führerliches begangen worden ist, wenn deutsche Soldaten, so wie es gestern geschah, gegen die eigenen Landsleute vorgehen, nur deshalb, weil sie eine andere politische Meinung besitzen? Nur die vor keiner im Interesse der Rettung des alten Systems liegenden Unmöglichkeit zurückweichende Presse der Monarchisten kann es wagen, die grausigen Tatsachen noch zu bestreiten und die, die sie verübt haben, als Helden und Führer der Nation zu feiern. Darin wird sie nicht ermatten. In ihrem Kampf wider die Republik und wider die Träger des deutschen Idealismus sind ihr alle Mittel recht und willkommen, sie scheut sich nicht vor der Verührung und der Gemeinshaft mit dem niedrigsten Gesindel, wenn dieses Gesindel nur ihre Geschäfte besorgt.

Doch auch über die Behörden wäre noch einiges zu sagen. Die festgenommenen Geiseln sind nach Ermittlung ihrer Persönlichkeit sofort wieder auf freiem Fuß gesetzt worden. Was wäre wohl mit unabhängigen Profetarieren geschehen, die ähnlich in einer bürgerlichen Versammlung gehaust hätten? Sie hätten nicht so bald in ihre Wohnungen zurückkehren können, und wenn der Belagerungszustand nicht bestanden hätte, so würde geringerer Tumult von revolutionären Arbeitern verübt, zu keiner Verhängung wahrscheinlich Anlaß geboten haben. Der Stoßtrupp der rücksichtslosen Reaktion aber, das schwarze Hundert, das sich in den Diensten des Nationalismus und Monarchismus stellt, findet glimpfliche Behandlung, denn man fürchtet es weit mehr als die angeblichen Aufwürger von links, mehr als das: der von Noske unterzeichnete Waffenschein beweist, daß man in dieser Garde geradezu einen Schwarm und Hort der Ordnung sieht, die gegen die Unabhängigen und Kommunisten verteidigt werden muß.

## Die Gewalttaten in der Versammlung.

Der Bund „Neues Vaterland“ hatte für den gestrigen Abend eine Versammlung über die Auslieferungsforderung in die Aula der Kaiser-Friedrich-Schule in Charlottenburg einberufen. Der Saal war außerordentlich voll, doch machte bereits von Anfang an ein großer Teil der Zuhörer einen recht merkwürdigen Eindruck. Gestalten in alten Soldatenmänteln mit schmutzigen Hüben, mit abgerissenen Koforden oder groben Polsonmützen und dicken Tüchern um den Hals, waren über den ganzen Saal verteilt. Nur die Gesichter dieser Leute wollten nicht recht zu ihrer Kleidung passen. Man erhielt bald die Aufklärung.

In der ruhigsten und sachlichsten Weise begann der erste Redner des Abends, Herr von Gerlach, sein Referat. Er kritisierte zunächst die Haltung des größten Teiles der deutschen Presse, die in konvulsischer Weise das Verlangen der Entente nach Auslieferung entrüstet abgelehnt habe, noch bevor die Ententennote bekannt war, die, wie sich nachher ergab, vorläufig noch gar keine Auslieferung forderte. Dann wandte der Redner sich gegen das Verhalten des Reichswehrministers Noske, der aus eigener Nachvollkommenheit erklärt hätte, er denke gar nicht an eine Auslieferung, obwohl er selber Mitglied der Regierung war, die den Friedensvertrag mit der Auslieferungsparagrafen unterzeichnete habe.

Schon nach den ersten Sätzen Gerlachs machten sich diese Störungsversuche bemerkbar. Immer zahlreicher wurden die Zwischenrufe, immer härter die Erörungen. Als Gerlach dann der konservativen Presse ein paar ironische Worte sagte, wurde der Rärm so groß, daß er nicht mehr weiter sprechen konnte.

Inzwischen hatten sich auf beiden Seiten des Saales zahlreiche der oben geschilderten merkwürdigen Gestalten nach vorn zum Rednerpult gehoben. Die Akteure handelten zweifellos nach einem genau vorbereiteten Plane. Während die einen jetzt Schmähs- und Drohrufe gegen die Juden, die Judenregierung und die Republik ausstießen — „eine Noske ist der einzige anständige Mann in dieser Regierung“, rief einer von ihnen — verhielten sich die anderen noch abwartend. Plötzlich sprang einer dieser Burschen, ein großer harter Mensch mit einer tiefen Nase und gelbeidet wie ein Zuhälter, der bisher mit am meisten gebrüllt und geheult hatte, auf das Rednerpult, ließ Herr von Gerlach hinunter, schlug den nebenstehenden Herrn Gumbel, den früheren Sekretär des Bundes Neues Vaterland, mit der Faust ins Gesicht und intonierte von oben das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“, dem er ein Kaiserhuch folgen ließ.

Kun folgte ein wüßes Durcheinander. „Juden raus“, „drauf und dran“, „haut sie“ und ähnliche Rufe erklangen. Die Ausführung ließ nicht lange auf sich warten. Immer neue Leute, auch besser gekleidete, beteiligten sich. Mit Häufen, Gummiknüppeln und Schlagringen wurde losgeschlagen, Frauen hingeworfen und getreten, ruhig dastehende Männer blutig geschlagen. Dazwischen immer Rufe „wo ist Gerlach, nieder mit ihm!“ Als einer ihn dann erwidert hatte, wurde er furchbar zugerädelt, er erhielt Tritte in den Leib und furchtbare Schläge auf Kopf und andere Körperteile. Nur dadurch, daß einige beherzte Frauen sich dazwischen warfen, entging er noch viel schwererem Paßweise andere Männer erlitten starke Verwundungen, so Gumbel ein tiefes Loch am Auge, so daß er blutüberströmt auf die Straße kam.

Die mit Revolvern, Schlagringen, Meißeln und Gummiknüppeln ausgerüstete Parole konnte ungehindert wüten, war doch auch kein einziger Sicherheitsfaktor aufzutreiben. Selbstverständlich saßen und gehörten die Unholde alles, was ihnen nur erreichbar war. So wurde fast der gesamte Bücherbestand mehrerer Bücherhändler, die pazifistische Schriften feilhielten, teils gestohlen, teils gerissen und teils in die Wasserleitung geworfen und so völlig vernichtet. Auch Kleidungsstücke und Altkappen verschwanden.

Als schließlich die von mehreren Versammlungsbesuchern herbeigerufene Sicherheitspolizei erschien, war die Haupt Sache natürlich vorüber, und der größte Teil der Verbrecher hatte sich längst aus dem Saale gemacht. Immerhin wurden einige der Oerreshaften noch festgenommen. Bei ihrer Vernehmung stellte es sich heraus, daß sie fast sämtlich den Noske-Nußweis zum Waffentragen besaßen. Unverständlicherweise wurden die Festgenommenen nach Angabe ihrer Persönlichkeit wieder entlassen.

Noch Angabe aller anständigen Versammlungsbesucher ist es ganz zweifellos, daß sämtliche Mädelstähler wie überhaupt der allergrößte Teil der Demonstranten verkappte Offiziere waren. Die Gesichter verrieten sie aufs bestimmteste, besonders wenn sie ihre Schiebermäntel abnahmen. Auch zahlreiche Balkenrumer mit russischen Abzeichen befanden sich darunter, ferner auch Offiziere in deutscher Uniform.

Von anderer Seite wird uns noch mitgeteilt: Die Sprengung der Versammlung des Bundes Neues Vaterland war zweifellos von langer Hand vorbereitet. Schon lange vor Beginn der Versammlung kamen vereinzelte Leute in Soldatenkleidung an und verteilten sich im Saale. Die Soldaten hatten die Regimentsabzeichen meist abgelegt. Andere trugen einen Militärmantel, um ihre Brillenkleidung zu verbergen. Auch eine Anzahl Balkenrumer, die an der Nähe noch die russische Kofarde trugen, waren unter der nationalistischen Sprengelonne zu sehen. Als Herr von Gerlach mit seinem Referat begann, machten sich sofort Zwischenrufe bemerkbar, schließlich den Ausgans, so daß sich eine Seitling nieden, aber deutlich als verübete Offiziere zu erkennen waren. Von diesem Kreis ging auch das Signal zum Angriff aus. Herr von Gerlach fertigte die Zwischenrufer in sachlicher Weise ab, konnte aber schließlich nicht weiter sprechen, weil der Rärm immer größer wurde. Er sowohl als auch der Versammlungsleiter, Herr Dr. Gumpel, versuchten die Störungsfriede zu befähigen. Sie wurden aufgefodert, das Referat ruhig mit anzuhören, und

Bei voller Wahrung der Redefreiheit in der Diskussion zum Wort zu werden. Die nationalistische Horde hatte aber ein festes Programm, das sie unter allen Umständen durchführen wollte. Von allen Seiten erhoben sich die Madaubrüder, umringten die Rednertribüne, stießen Schmäuze auf die Juden aus, versperren schließlich den Ausgang, so daß sich eine Zeit lang niemand entfernen konnte, und gingen schließlich zum tätlichen Angriff über, wobei ein anderer Teil zugleich „Heil Dir im Siegerkranz“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ sang. Die Madaubrüder bildeten die gute Hälfte der Versammlung, so daß die andere Hälfte völlig machtlos war. Außerdem hatten sich die Herrschaften besonders große und kräftige Soldaten ausgesucht, die wie toll auf die anständigen Leute einschlugen. Viele der als Zivilisten verkleideten Offiziere trugen außerdem Waffen — Revolver, Schlagröhre und Gummiknüppel — mit denen sie wie toll auf die Leute einschlugen, die mit ihnen nicht gleicher Gesinnung waren.

Ausführungen von der Art, wie sie sich gestern in der Schaula der Knechtstraße zugetragen haben, sind in der Geschichte des Berliner Versammlungswesens zweifellos noch nicht dagewesen. Die nationalistischen Helden vergaßen sich in ihrem blinden Hohn sogar an Frauen und schlugen auf diese wie wahnsinnig ein. Die Herrschaften fühlten sich so sicher, daß sie die Schlägerreihen selbst auf dem Hof und auf der Straße nach festsetzten. Die Sicherheitspolizei kam leider viel zu spät an, obwohl in nächster Nähe eine Wache war, die sofort alarmiert wurde. So konnten sich die nationalistischen Madaubrüder in ihrer Masse unter dem Schutze nationalisistischer Nieder entziehen, während nur ein kleiner Teil der Störenfriede ergriffen werden konnte. Die Madaubrüder sind jedoch rechtzeitig verschwunden, und es wird kaum möglich sein, sie zu fassen und sie für ihre blutigen Ausschreitungen zur Verantwortung zu ziehen.

Ohne Zweifel waren die Soldaten für die zu leistende Arbeit im voraus gut bezahlt worden. Denn es ist kaum anzunehmen, daß sie aus freien Stücken in die Versammlung kamen, zumal eine Mark Eintrittsgeld erhoben wurde.

## Wie lange noch?

Herr Noske hat in den letzten Tagen die Hansesalbe bestreut; er hat in Bremen und in Hamburg gesprochen. Seine Reden brachten nichts Neues. Er pflegt schon seit langem immer nur dasselbe zu sagen. Sein sogenannter Gedankengang ist ein für allemal festgelegt: Ich und meine Freunde in der Regierung sind nach wie vor gute Sozialdemokraten. Unsere Gesinnung hat sich nicht gewandelt, aber zu unserem Schmerz können wir die schöne Theorie, die wir früher einmal vertreten haben, in der Praxis nicht anwenden. Die Umstände hindern uns daran, und an diesen Umständen sind die dreimal verfluchten linksradikalen Elemente schuld. Wir sind genötigt, unsere Grundzüge zurückzustellen und müssen mit allen Waffen der Rücksichtslosigkeit gegen diese widerwärtige Gesellschaft vorgehen. — Schluß, stürmischer Beifall!

In Hamburg hat der Reichswehrminister die Notwendigkeit seiner Brutalität an dem Beispiel der Eisenbahnarbeiter erörtert, und der vortreffliche Sozialist verächtliche, kein Bedenken zu haben, ihnen die Knochen einzuschlagen, da sie dem Staat die Gurgel zudrücken wollten. „Wenn früher“, so fuhr er fort, „von der Partei der achtsündigen Arbeitstag gefordert wurde, so dachte man an acht Stunden wirklicher fleißiger Arbeit, nicht an zwei bis drei Stunden sogenannter Arbeit.“ Ein in der Welle gefärbter Scharfmacher ältester Schule muß vor Reid vergehen, wenn er hört, in welchem reaktionären und zugleich demagogischen Wendungen sich dieser Sozialdemokrat gefällt.

Auch auf die auswärtige Politik ist der Redner zu sprechen gekommen. Die lange Dauer des Kriegszustandes soll einer der Gründe sein, warum die Regierung nicht so könne, wie sie wolle. Ob ihm dabei das Vorkriegsabenteuer vorschwebte, an dessen glorreicher Durchführung er und seine Clique einen hervorragenden Anteil hatten, das er nicht zu erkennen. Jedenfalls aber ist er den Beweis dafür schuldig geblieben, daß die innere und auswärtige Lage jene Gewaltmaßregeln erforderlich gemacht haben, die für die gegenwärtige Regierung letzte Weisheit, so einzige Weisheit sind.

Wir wissen nicht, ob einem unter rechtssozialistischen Rednern wohl der Gedanke gekommen ist, daß die kaiserliche Regierung mit ähnlichen Argumenten, wie sie Noske jetzt vordringt, den dauernden Ausnahmezustand gegen die Sozialdemokratie hätte verteidigen können und dabei nicht einmal wie die Machthaber von heute mit ihren eigenen Grundrissen in Widerspruch geraten wären. Wir wissen ferner nicht, ob einer von ihnen sich an das frühere in der sozialdemokratischen Partei so oft angeführte Wort erinnert hat, man solle den Politikern nicht auf Maul, sondern auf die Hände sehen, und ob er sich dann die Frage vorgelegt hat, ob demzufolge Männer, die das Parteibekennnis zwar im Munde führten, aber nicht danach handelten, noch als Sozialisten angesehen werden können.

Wir wissen es nicht. Aber das steht fest, daß die rechtssozialistische Partei als solche sich an derartige Widersprüche nicht mehr stößt. Hier und da verliert einmal ein einzelnes Organ wider den Stachel zu lösen, und das Bremer „Volksblatt“ riskierte sogar vor dem Austritten Noskes ein paar skeptische Bemerkungen. Doch im großen und ganzen billigt man ausdrücklich oder stillschweigend die Methoden der Unterdrückung und Verfolgung und fragt weder nach ihrer sittlichen Berechtigung noch nach ihrer politischen Zweckmäßigkeit.

Wenn es anders wäre, hätten wir nicht den Verleugungszustand, hätten wir nicht Zeitungsverbote und Schutzhafthände. Der Ausnahmezustand wurde wieder eingeführt im Zusammenhang mit den Ereignissen, die sich am 13. Januar vor dem Reichstag abspielten. Zu seiner Begründung berief man sich auf eine weitangelegte Verschwörung. Sicherheit und Ordnung des Staates seien in höchster Gefahr. Inzwischen haben sich alle diese Behauptungen als falsch erwiesen. Die Bedrohung des staatlichen Friedens existierte nur in der Phantasie der Dauer, Heine und Noske. Aber der Ausnahmezustand bleibt.

Auch die Unterdrückung der Pressefreiheit bleibt. Einigen Zeitungen ist das Wiedererscheinen gestattet worden, andere hat man inzwischen verboten. Und da man sich insofern anbeiständig gemacht hat, die Verbote jedes Mal zu begründen, hat man auch Gründe gefunden, die teils wie Brombeeren sind. Es genügt das 17. Organ der Unab-

hängigen Kritik an der Regierung ist, um es mündlos zu machen, und außerhalb der linksradikalen Parteien läßt man zu diesem Vorgehen; man betrachtet es als einen selbstverständlichen Bestandteil der Regierungskunst in einer freien Republik.

Alle diese Barbareien werden aber übertroffen durch das Festhalten an der Praxis der Schutzhafthand. Macht sich die Dezentralität eigentlich überhaupt klar, was die Schutzhafthand bedeutet? Sie ist eine Freiheitsberaubung, die durch kein Gesetz, sondern nur durch die absolute Willkür diktiert wird. Politisch unbequeme Persönlichkeiten werden hinter Schloß und Riegel gesetzt und so lange befristet, als es den Herrschenden zweckmäßig erscheint. Das Damokles-Schwert der Schutzhafthand hängt über allen, die sich in einem der Regierung ungemäßen Sinne betätigen.

Die Schutzhafthand der deutschen Republik erinnert an das System, das die despotischen Monarchen Frankreichs vor der großen Revolution anwandten, um sich mißliebiger Kritiker zu entledigen. Mit Hilfe der „Lettres de cachet“, der Blankovollmachten, die die bourbonischen Herrscher den Behörden erteilten, wurden sie in die Bastille gesperrt, solange es dem König gefiel. In Deutschland hat während des Krieges die Militärjustiz wieder zu diesem Mittel gegriffen. Wir haben die Rechtsverletzung verabscheut und bekämpft. Aber zur Ehrenrettung der uniformierten Gewalthaber muß erklärt werden, daß sie für die Verhängung der Schutzhafthand immer noch triftige Gründe beibringen konnten, als ihre Nachfolger. Sie konnten sich zur Not auf die Sicherheit des im Kriege stehenden Staatswesens berufen, während die heutigen nur die Sicherheit der eigenen Herrschaft und die Aufrechterhaltung dessen, was sie die Ordnung nennen, ins Treffen zu führen imstande sind. Mit an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen werden die Schutzhafthandbefehle zu rechtfertigen gesucht. Es wird von Vorbereitungen zum bevorstehenden Umsturz erzählt, und die deren man sich entledigen und an denen man kein Mitleiden haben will, werden, ohne daß man Beweise für notwendig hält, in den Kerker geworfen.

Einige von denen, die nach dem 13. Januar gefangen gesetzt wurden, sind in der letzten Zeit entlassen worden. Viele aber befinden sich noch immer hinter Gefängnismauern: Kommunisten und Unabhängige. Darunter vor allem der eine der beiden Vorsitzenden der unabhängigen Partei, der Genosse Dümmig. Daß er den Patriarchismus ablehnt, ist den regierenden Kreisen genau so gut bekannt, wie uns. Aber es reicht aus, daß er ein Revolutionär ist. Kaufmännisch haben die heutigen Minister und Polizeipräsidenten mitgeschrien, wenn am Schluß der Versammlung, das Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ausgedrückt wurde, und wenn sie heute die Revolutionäre als Feindbild behandeln, so ist ihre einzige Entschuldigung die, daß sie sich bei diesem Ruf nichts gedacht haben, oder daß sie, wie andere dem Volke die Religion erhalten wollen, der Masse den Glauben an die Revolution lassen wollten, den sie schon längst nicht mehr teilen.

Die französische Revolution setzte ein mit dem Sturm auf die Bastille. Das Volk begann seinen Freiheitskampf mit einem Akt der Gerechtigkeit. Die Bastille der neuen demokratischen Republik ist nicht bedroht. Den Demokraten und Sozialdemokraten ist das letzte Gefühl für das Recht abhanden gekommen. Schieben und Herrschen ist die Parole des Tages. Das Schicksal der rechtswärtigen Freiheit Verwahrten ist den glücklichen Besitzenden gleichgültig und es gibt außer Deutschland nur ein Land in der Welt, das mit Freiheits- und Rechtsbegriffen in ähnlicher Weise umspringt. — Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Gebiet des brutalsten Kapitalismus. Nur daß da eben nicht Sozialdemokraten an der Spitze stehen, sondern handfeste Bourgeois, die es nicht nötig haben eine andere Gesinnung zu heucheln, als sie durch ihre Taten bekunden.

Heinrich Mann, einer der besten unter den deutschen Schriftstellern, schrieb als Motto über sein die deutsche Anarchelikeit und den deutschen Mangel an Idealismus so blutig neidelndes Buch „Der Untertan“: „Deutschland ist ein hoffnungsloser Fall.“ Soll diese bittere Feststellung wirklich Geltung behalten? Wird sich wirklich außerhalb der revolutionären Arbeiterschaft niemals der Unmut und der Hohn über Dinge regen, die einer demokratischen Republik, so, die jedes Rechtsstaates unwürdig sind. Es ist nicht, wie Noske behauptet hat, der Kriegszustand, der die Wiederentdeckung Deutschlands verhindert, sondern es ist der Geist, der in der Regierung lebt und der sowohl den Willen zur rettenden Arbeit erdriekt, wie er uns das Vertrauen des Auslandes vorenthält. Durch die Schuld derer, die die krankhafte Gewalt zu ihrem einzigen Prinzip erhoben haben, wird Deutschland dem Untergang angeführt. Sie stehen der Neugeburt im Wege. — Wie lange noch?

## Genosse Vollmershaus aus der Schutzhafthand entlassen.

Die Schutzhafthand ist das Mittel, politisch unbequeme Personen ohne jeden Rechtsgrund ihrem Wirken zu entziehen. Besonders deutlich ist das durch die Verhaftung des Genossen Vollmershaus geworden. Am 14. Januar verhaftet, ist er mehr als fünf Wochen in Schutzhafthand gehalten worden, ohne daß die Gründe dafür bekannt gegeben wurden und obwohl Vollmershaus bei seiner Verhaftung krank und bettlägerig war. Jetzt endlich ist er aus der Schutzhafthand entlassen worden.

## Die Verhaftung des Genossen Dämmig.

Auf Grund der Beschwerde, die Genosse Dr. Kurt Rosenfeld im Kärzberger Dämmig eingereicht hat, hat das Reichsmilitärgericht nunmehr endlich Termin auf den 4. März angesetzt. Wir erwarten, daß Genosse Dämmig, wenn nicht früher, so doch jedenfalls durch die Gerichtsverhandlungen die Freiheit wieder erlangt.

## Heine gegen die Kaiserbil'et.

Herr Heine, Preußens Revolutionsminister des Innern, hat einen Erlass herausgegeben, der anordnet, daß Bilder der ehemaligen Kaiser- und Königsfamilie, die an öffentlichen Gebäuden an sichtbarer Stelle ausgehängt oder aufgestellt sind, unter Beachtung des nötigen Taktes entfernt werden sollen, soweit sie als „Verherrlichung des monarchischen Gedankens“ wirken.

Recht so, Herr Heine! Wer so tatkräftig mit den Werkhaken des alten Regimes zu regieren versteht, der kann es sich leisten, die „Verherrlichungen“ dieser Methoden von Wänden und Plätzen zu entfernen.

## Eine Stimme für die Ostjuden.

Für die von Eugen Ernst bedrängten Ostjuden deren Verbrechen es ist, daß sie arm sind und in den düstlichsten Quartieren Berlins hausen, erhebt Herbert Eulenberg in der „Vossischen Zeitung“ seine Stimme. Er spricht von der Sentimentalität und erhebt Einspruch gegen die Gedankenlosigkeit und Willkür, mit der die Juden Osteuropas als Negriacht betrachtet werden. Er schreibt dazu:

Man hätte sich wie vor Allgemeinheiten überhaupt so auch vor, die Ostjuden unter dem Decknamen „Galizier“ als Schieber in einem Reich zu fegen. Es gab und gibt im ostjüdischen Proletariat viele Handwerker, durch deren Aufnahme wir nur gewinnen könnten. Die Juden haben in Polen vor dem Krieg die zuverlässigsten Arbeiter die geschichtlichen Schneider gestellt. Eine Vorarbeit ohne Gleichen ist es, diese Leute mit Gewalt und Verhöhnung eiligst aus Deutschland herauszubringen. Man erwehrt sich nach Kräften dem Einsatz des Staatsprejudices und der vielen Zusätze dieser Zeit der schlechten und unehrlichen Klassen und Kreise unter den eingedungenen Ostjuden. Sie in Dausch und Vogen zu verdammen, ist ebenso töricht wie niedrig. Auch ist es irrig, wenn man glaubt, unter dem ostjüdischen Proletariat, das 10 bis höchstens 15 000 Köpfe stark seit dem Krieg nach Deutschland gekommen ist, seien lauter bolschewistisch gesinnte Seelen zu finden. In Wahrheit haben die meisten dieser armen Leute, die noch den Schrecken von den heimischen Pogromen in den Knochen spüren, neben der Ausenjurst nur den Hauptwunsch, möglichst bald in den Westen oder in neutrale Länder auszuwandern. In einer Aufwiegung deutscher Arbeiter, zu der sich die Sowjetregierung ganz anderer geistiger Anstifter als dieser kleinen Proletarier bedient, heißt den Ostjuden Fähigkeit und Reigung in gleicher Weise. Fast alle wollen heute vor allem endlich ihre Ruhe haben.

Man gewöhne sie ihnen auf ihrer meist nur kurzen Reise bei uns nach Möglichkeit. Diejenigen, die als Landarbeiter oder im Bergbau bei uns verwendet worden sind, haben sich nach vielfachen Zeugnissen, die über sie vorliegen, recht gut eingeführt. Da die jüdischen Arbeiter größtenteils gewerkschaftlich organisiert sind, ist auch eine Lohnrückende von ihnen nicht zu befürchten. Die niedrige Verhöhnung gegen die Ostjuden und Galizier, die nur ein Teil der allgemeinen Judenfeindschaft ist, die heute bei uns verbreitet wird, ist leider fast schon gedankenlose Gewohnheit in Deutschland geworden. Ohne sich jemals um die Ostjuden und ihre schwere Grenzbasein wie ihre wirtschaftliche und geistige Entwicklung bekümmert zu haben, wird auf diese Menschen losgeschmissen, als ob seit je dort der Abbruch der Menschheit geherrscht hätte und Russisch-Polen, Litauen und Galizien eine Verbrechenskolonie wie ehemals Tasmanien gewesen wäre. Wer nur den arbeitstrebenden Gewerbetreibenden dieser drei verarmenden Landstriche vor dem Kriege verfolgt hat, weiß, wie verkehrt ein solch oberflächliches Gerede über das widerwärtige Galizierum ist. Die Liebe zur Gerechtigkeit und Wahrheit trieb mich auch der geistigen Verwahrheitung und Liebe dieser Leute hier rühmend zu gedenken, die im allgemeinen nicht schlechter und nicht unanständiger sind als die ganze verfluchte menschliche Gattung, à qui nous appartenons, zu sein pflegt.

Die Liebe zur Gerechtigkeit und Wahrheit! Das sind Dinge, die Herrn Eugen Ernst nicht berühren. Zum Schluß seines Artikels bemerkt Eulenberg: Und nun freue ich mich schon auf die vielen, natürlich meist unterwürfigen Briefe, die mir als „begabten oder beschränkten Judenrecht“ auf diesen Rettungsversuch zugehen werden. Er hat Recht! Es gehört im demokratischen Deutschland Mut dazu, für arme Juden einzutreten.

## Für den Frieden mit Sowjet-Rußland.

Die Unabhängige Fraktion der Preussischen Landesversammlung hat folgende förmliche Anfrage eingereicht:

„In die Staatsregierung bereit, auf die Reichsregierung einzuwirken, in sofortige Friedensverhandlungen mit der russischen Sowjet-Regierung einzutreten und die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen unverzüglich aufzunehmen?“

Diese Anfrage ist sehr zu begrüßen. Die Regierung wird erzogen sein, ihre Absichten über die zukünftige Rußlandpolitik der deutschen Republik zu enthüllen.

## Weitere Anfragen der unabhängigen Fraktion der preussischen Landesversammlung.

Die verfassunggebende preussische Landesversammlung möge beschließen: Die Staatsregierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß mit größter Beschleunigung ein Gesetz geschaffen wird, wonach die ehemaligen regierenden Fürstentümer zugunsten der Staaten ihres gesamten Vermögens für verlustig erklärt werden.

Die verfassunggebende preussische Landesversammlung möge beschließen: Unter Hinweis auf die am 6. Februar ds. J. in der Groß-Berlin ergangenen Versammlungsbeschlüsse, durch die 20 den Mitgliedern der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung Frau Arndt, Dr. Cohn, Leib, Dr. Rosenfeld, Dr. Wehl unanfällig gemacht worden ist, über ihre parlamentarische Tätigkeit ihren Wählern zu berichten, protestiert die verfassunggebende preussische Landesversammlung mit aller Entschiedenheit gegen die darin liegende Verletzung der parlamentarischen Rechte. Sie fordert die Staatsregierung auf, mit allen Mitteln daraufhin zu wirken, daß die Rechte des Parlaments aus dem von der Reichsregierung respektiert werden.

## Ein Abgeordneter vermisst.

Das sozialdemokratische Mitglied der preussischen Landesversammlung, Töpfer Josef Kneifel aus Reife (38 Jahre alt) wird seit einiger Zeit vermisst. Nachrichten über seinen Verbleib werden an das Bureau der Landesversammlung, Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 3, erbeten.

Nachträge zum Leipziger Generalkreil. Das Reichsgericht verzweifelt die Revision gegen das Urteil gegen den Eisenbahnbediensteten Schick und den Stadtoberordneten Kraus in Leipzig, die wegen Mordung des Leipziger Oberbürgermeisters am 2. März 1906 von 400 000 Mark zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden waren.

Einkerbung der Reichsversammlung. Die Reichsversammlung ist von Präsidenten Behring auf den 25. d. M. nachmittags 2 Uhr einberufen worden. Die Tagesordnung ist wie folgt besetzt.



Theater und Vergnügungen.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 3 Uhr: Luther. 7 Uhr: Der Liebestrank. Opernhaus 7 Uhr: Salome.

Schauspielhaus (A. Der Abonnenten) Friedrichsbergstraße 1 Teil.

6 Uhr: Der Knecht. 7 Uhr: Die Räuber der Pandora.

8 Uhr: Die Räuber der Pandora. Großes Schauspielhaus.

Karl Heinrich - Ruf. Bernauer Theater. 7 Uhr: Die Räuber der Pandora.

Rönngräber Straße 18 U: Schloss Wetterstein Sonntag: 8.00 bis 9.00 Uhr.

Komödienhaus 10 Uhr: Sie.

Berliner Theater 7 Uhr: Der letzte Walzer.

Lessing-Theater 7 Uhr: Pygmalion.

Deutscher Kunst-Theater 7 Uhr: Die Marquise von Arons.

Residenz-Theater 7 Uhr: Die Marquise von Arons.

Evcheu Hamrecht Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Trianon-Theater Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

FEMINA Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Gasno-Theater Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Neues Operntheater Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Die Kene Hohheit Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Wahalla-Theater Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Rose-Theater Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Olympia-Theater Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Palmseele Wirtschaft Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Apollo-Theater Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Elite-Sänger Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Circus Busch Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Fahreräder Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Federfahz Sonntag 4 Uhr: Die Welterk.

Wintergarten. Täglich 7 1/2 Uhr. Varietevorstellung. Rauchen gestattet.



Kupfer, Messing, etc. Zink, Eisen höchstzahlend. Schermer, Lange Str. 19.

Großes Schauspielhaus Sonntag, den 22. Februar, 2 1/2 Uhr. Außer Abonnement.

Drestie Regie: Max Reinhardt. Hauptrollen: Alexander Moissi, Paul Hertmann, Seltso Cimex, Auguste Dülak, etc.

Film-Palast Börse Rosenthaler Strasse 40-41 (früher Neumanns Festsäle).

Keule Eröffnung mit dem Riesen-Funkfilm Die Jagd nach dem Glück.

Kupfer 24.50, Messing 14.50, Blei 9.50, Zink bis 7.00.

Messing 13.60, Kupfer 23.10, Rotgüß 20.00, Blei 8.60, Zink 7.00.

Alte Gebisse auch zerbrochene, bis 3000 M. Einzelne Platinstiftzähne von 15 bis 150 M.

KUPFER 24.00 Mark MESSING 12.00 Mark.

Zahle die höchsten Preise für Gold- und Silberbruch sowie Platin, Kontakte, Brennstifte, Zahnsäfte.

Bernhard Wuschack Berlin S 14, Kommandantenstr. 61.

Ich warne hiermit, alle künstliche Zähne sowie ganze Gebisse wegzunehmen.

Zahn 16.50 Mark N. Obholzer, Goldstrasse 11, L.

Fahreräder Gummis und alle Zubehörteile.

Federfahz in 'Aphrodite'.

Jeder der Kunde Mensch muß den Ursprung seiner Existenz...

Das Kapital Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Gemeinverständliche Ausgabe besorgt von Julian Borchardt.

Spezial-Behandlung v. Geschlechts, Haut-, Harn-, Frauenleiden, etc.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, etc.

Wollen Sie Geld finden? Suchen Sie bitte sämtliche Zahnabdrücke...

Zahle die höchsten Preise für Goldzähne \* Gold \* Silbersachen.

Metalle bedingende Preiserhöhung! Platin-Zahngebisse, Zahn bis 75 Mark.

Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Achtung! Metalle aufheben! Zahle für Kupfer, Messing, Blei.

Goldbruch u. Silberbruch höchsten Tagespreise.

Münzen, Briefmarken kauft Grossmann, Johannisstr. 4.

Zahle die höchsten Tagespreise für Gold- und Silberbruch.

Bernhard Wuschack Berlin S 14, Kommandantenstr. 61.

Ich warne hiermit, alle künstliche Zähne...

Zahn 16.50 Mark N. Obholzer, Goldstrasse 11, L.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungszentrale Berlin.

Todesanzeige. Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß folgende Kollegen und Kolleginnen verstorben sind: Die Arbeiterin Margarete Prieznitz.

Die Arbeiterin Charlotte Meisch, am 16. d. M. an Grippe. Beerdigung Freitag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Die Arbeiterin Liesbeth Losse, Friedrichsberger Str. 7, am 18. d. M. Beerdigung Montag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Die Arbeiterin Hans Metzner, Lichtenberg, Gartenstr. 1, am 9. d. M. Der Maschinenarbeiter Karl Rammelkamp.

Die Arbeiterin Paul Friedrich, Neukölln, Lahnstraße 85, am 12. d. M. Der Schlosser Hermann Jahnke.

Die Arbeiterin Emil Bartel, am 12. d. M. Der Gürtler Max Franke, am 15. d. M. an Grippe.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Rotkassier Otto Hanisch.

Am 19. Februar 1920 starb plötzlich und unerwartet unser Kollege, Herr Johannes Schwach. Wir verlieren in ihm einen tatkräftigen und pflichttreuen Arbeiter.

Deutscher Bauarbeiterverband Verein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Richard Schmidt, (Bezirk Mahldorf) am 16. Februar verstorben ist.

U. S. P. D. Charlottenburg. Den Genossen zur Nachricht, daß der Kollege Max Schutz am 17. Februar verstorben ist.

Max Weidemann Charlbg. AnVolkshaus 1 und verstorben. Einäscherung 22. 2. 20, nach 5 Uhr, Krematorium Gerichtstr.

# Generalversammlung des Landarbeiter-Verbandes.

Fünfter Verhandlungstag.

Berlin, 20. Februar.

Zu Beginn des letzten Verhandlungstages der Generalversammlung des Landarbeiter-Verbandes wurde die Aussprache über die neuen Statuten fortgesetzt. Nach beendeter Aussprache fand der Entwurf der Statutenberatungskommission in en-bloc-Abstimmung einstimmige Annahme. Sämtliche gestellten Anträge zum Statut fanden damit Freigebung, unter ihnen ein Antrag, der Schaffung einer Einheitsorganisation forderte.

Durch einen Antrag wird von der Regierung eine Kontrolle der Landarbeiterwohnungen verlangt. Diesen Kontrollkommissionen sollen nicht nur Regierungsvertreter, sondern auch Vertreter der Organisation und der Arbeiteranschlüsse angehören.

Weiter fordern die Landarbeiter, daß die Wahlen zu den Betriebsräten nach dem 1. April stattfinden sollen, da zu diesem Termin sehr viel Umsätze der landwirtschaftlichen Arbeiter stattfinden.

Angenommen wurde außerdem folgender Antrag:

Der Verbandstag beauftragt bei der Reichsregierung, die §§ 2 und 3 der vom Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung erlassenen Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919 außer Kraft zu setzen.

Diese Paragraphen bestimmen, daß Landarbeiter wieder in landwirtschaftlichen Betrieben Arbeit nehmen müssen.

## Gegen Belagerungszustand und Pressenselbstzensur.

Gegen den Belagerungszustand und die Pressenselbstzensur erklärte sich der Verbandstag durch Annahme folgender Resolution:

Die Generalversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes behauert, daß die Wirkung des Ausnahmezustandes vorwiegend gegen die Tätigkeit der Organisation der Land- und Forstarbeiter geltend macht, anstatt sich mit aller Schärfe gegen das schwerkriegerische Treiben der Reaktion auf dem Lande zu wenden.

Sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie die Ausnahmezustände so bald als möglich beseitigt und volle Versammlungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.

Eine andere Entschließung wendet sich gegen den

## Lieferungsstreik der Landwirte.

Durch Ausschmagerung der Stadt- und Industriebevölkerung würden die Landwirte versuchen, das jetzige Regierungssystem zu stützen. Die Landarbeiter werden entsprechende Maßnahmen ergreifen, um die Lebensnotwendigkeiten im Interesse der Gesamtwirtschaft zu durchsetzen. Am Kampf gegen die Junker werden Land- und Industriearbeiter solidarisch vorgehen.

Nachstehende Resolution wurde nach kurzer Aussprache genehmigt:

Der zweite Verhandlungstag des Deutschen Landarbeiter-Verbandes drückt seine schärfste Entrüstung aus gegen die seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung vorgenommene Schließung der Betriebe.

Der Verbandstag betrachtet die Maßnahme als einen Schlag gegen die organisierte Arbeiterschaft der Eisenbahnbetriebe, um die Funktionen des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahner-Verbandes aus den Betrieben auszumergeln.

Der Verbandstag befürchtet, daß beratende Maßnahmen der staatlichen Behörden auch Anwendung finden könnten gegen die unserer Organisation angehörenden Arbeiter in den Staatsforstbetrieben.

Den betroffenen freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahnarbeitern drückt der Verbandstag seine volle Sympathie aus.

Den Grund der Zurücknahme der Resolution bildeten die Ausführungen des Vorsitzenden G. Schmidt, der sich sehr scharf gegen die Eisenbahner aussprach. Unter dem Hinweis, daß er auch als Abgeordneter der Preusserversammlung spreche, führte er

u. a. aus: „Es handelt sich darum, daß in den Betrieben endlich gearbeitet wird. Der Staat ist nicht in der Lage, ständig zu den Eisenbahnen Zuschüsse zu leisten. Sozialismus bedeutet nicht faulenzeln, sondern arbeiten. Bei den Entlassungen handelt es sich nicht um eine Befreiung der Realitätsfreiheit, sondern es handelt sich darum, daß Lokomotiven fertig werden zum Transport von Kohlen und Lebensmitteln.“

Durch diese oberflächliche Erklärung ließ sich der Verbandstag leider beschämen.

Wegen der

## Landarbeiterkündigungen in Pommern.

gab der Vorsitzende folgende Erklärung ab:

„Was bisher wegen der Kündigungen in Pommern verordnet wurde, daß Schlichtungsausschüsse sich mit den Kündigungen befassen sollen, ist unzureichend. Wir fordern von der Regierung, daß durch einen Erlass die Kündigungen aufgehoben werden, mit Ausnahme der Kündigungen, die wegen gesetzlicher Verträge ausgesprochen worden sind. In den Schlichtungsgerichten in der heutigen Form haben die Arbeiter kein Vertrauen. Wenn die Reichsregierung glaubt, daß sich die Landarbeiter ihre Verbindlichkeiten stilllegen lassen, dann irt sie sich. Wenn schon der Ausnahmezustand besteht und nach links durchgegriffen wird, dann muß aber auch mit aller Entschiedenheit gegen die Junkergesellschaft in Pommern durchgegriffen werden. Hier muß die Regierung schnell zurufen, sonst lassen sich Streiks in Pommern und anderen Teilen Deutschlands nicht verhindern.“

Eine Entschließung, die sich an die Landarbeiter der abgetriebenen Gebiete wendet und ihnen Solidarität zusichert, wurde ebenfalls beschloffen.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurden G. Schmidt als 1. Vorsitzender, Jauch als 2. Vorsitzender des Verbandes wiedergewählt.

Nach einem Schlußwort des 1. Vorsitzenden, in dem er verlangte, daß die Regierung der Tagung der Landarbeiter mehr Beachtung schenken möge als den Schreibkassen vom Mund der Landwirte, wurde der Verbandstag geschlossen.

## Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 20. Februar.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wurde über die Einführungsanträge für die Elternbeiträge

nomenklisch abgestimmt. Sie sind mit 57 gegen 163 Stimmen abgelehnt worden.

Es fanden dann eine Anzahl unbedeutender Vorlagen debattierendes Erledigung. Nur kurze Aussprache wurde einem Antrag zugestimmt, sämtliche Truppenplätze landwirtschaftlich zu nutzen.

## Sozialpolitische Fragen.

Einen etwas breiteren Raum der gestrigen Verhandlungen nahm unser Antrag ein, der die Staatsregierung auffordert, bei der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit auf die Einführung einer

## obligatorischen Familienversicherung

hinguzuwirken. Genosse Dr. Wehl begründete den Antrag. In großen Zügen entwarf er ein Bild von dem äußerst bedenklichen Gesundheitszustande des Volkes. Nicht an den Symptomen solle man herumrumpfen, sondern das Uebel mit der Wurzel austrotzen. Dies bedinge allerdings die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Schleunige und energische Maßnahmen seien erforderlich. Leider sei bisher nichts geschehen, obgleich schon im März vorigen Jahres auf Anregung des Ausschusses für Bevölkerungspolitik von der Landesversammlung ein ähnlicher Auftrag an die Regierung einstimmig erteilt worden sei.

Die Redner sämtlicher Parteien erklärten sich mit unserem Antrag einverstanden; er ward einstimmig ohne Kommissionsberatung angenommen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt wurde abgelehnt, da kein Regierungsvertreter anwesend war. Der nächste betraf einen demokratischen Antrag auf Schaffung eines Reichsgesetzes über Tuberkulose. Auch hierüber herrschte Einstimmigkeit. Unser Redner, Genosse Dr. Wehl, betonte den sozialen Charakter der Tuberkulose und wies insbesondere auf die für die National-

versammlung gewiß nicht rühmliche Tatsache hin, daß die Preussische Landesversammlung sie auf dem Gebiete sozialer Gesetzgebung fortgesetzt vorwärtsdrängen muß. Der Antrag wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

In der gleichen Richtung, wie die zwei vorgenannten Anträge, bewegte sich ein anderer, von den Sozialdemokraten gestellter Antrag auf Neugestaltung der Gewerbebehörden. Auch dieser fand ein einstimmiges Gaus.

Der Antrag, die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen zu erhöhen, gab unserm Genossen Obhut Gelegenheit, unsere alle Förderung zu vertreten, daß die arbeitenden Kreise in größerem Umfange herangezogen werden möchten.

## Zur Naturgeschichte der Rechtssozialisten.

Das Verbot unseres Blattes hat leider eine Reihe Vorgänge im Dunkel verschwinden lassen, die aber bedeutsam genug waren, der Nachwelt erhalten zu bleiben. Dazu gehören Verhandlungen, die im Hinblick der ständigen Kommissionsarbeiten vor dem Reichstag, sich im Stadtverordnetenversammlungsaale abgespielt haben. Wir tragen folgenden Fallbestand nach:

Zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags des 19. Januar hatten die Maschinenlehre ihre Vorbereitungen fertig gemacht. Noch lagen ungezählte Tote und Verwundete auf den Straßen und sollten dem Schauhaufe und den Krankenhäusern zugeführt werden, als die Berliner Stadtverordneten zu einer Sitzung zusammenkamen und über eine Reihe von Vorlagen Beschlüsse fassen sollten. Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei war sich sehr wohl darüber einig geworden, unter diesen Umständen von Verhandlungen abzusehen und die Vertagung der Sitzung herbeizuführen. Der Redner unserer Fraktion begründete die Vertagung des Hauses mit dem Hinweis, daß zwei Stunden vor der Sitzung in Berlin Arbeiterblut die Straßen gerötet habe. Auf friedliche Demonstrationen habe man Maschinenwechselläufe gerichtet und eine große Anzahl von Toten und Verwundeten sei es besonnen. Ohne auf Schuld oder Nichtschuld einzugehen, sei es Ehrenpflicht der Vertretung der Bürgerschaft, zum Zeichen des Protestes gegen die unerhörten Vorgänge und aus Sympathie mit den Opfern und deren Angehörigen von einer Vertagung Abstand zu nehmen und die Sitzung aufzuschieben.

Es war charakteristisch für den Geist, der heute im Berliner Rathaus herrscht, wie der Antrag und seine Begründung von allen Parteien und Gruppen aufgenommen wurde. Unser Redner wurde demnach unterbrochen und mit Zurufen insuliert, wie man es kaum für möglich halten sollte, wenn man die Herrschaften nicht längst kennen würde. Am liebsten trieben es die Rechtssozialisten mit ihren Wutausbrüchen. Obwohl bis zur Stunde die genauen Vorgänge niemand kennen konnte, stand für sie von vornherein fest, daß es galt, für Maßnahmen der Regierung einzutreten, koste es, was es wolle. Es war das böse Gewissen, daß diese Art von Sozialdemokraten bezugten. Alle Parteien widersprachen der Vertagung. Rechtssozialisten und die Deutschnationalen. Die Geschäfte der Stadt mühten schnellstens ihre Erledigung finden. Man entbedte sogar das warme Herz für die Arbeitslosen, denen eine Weihnachtshilfe zugesagt war und die man keinen Tag länger warten lassen dürfte, verzog aber zu sagen, daß es ein Antrag Wehl und Genossen war, der die Initiative für die Weisheit an Bedärfnisse erst gegeben hat. Nach den Erklärungen der Parteivertreter war die Ablehnung unseres Vertagungsantrages gegeben und so wurde auch beschlossen. Hieraus ließen unsere Genossen erklären, daß sie an den weiteren Verhandlungen nicht teilnehmen und den Saal verlassen würden. In dem Augenblicke, als unsere Genossen sich ansetzten ihre Absicht auszuführen, erklärte der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Genosse Dr. Wehl, daß er sich seinen engeren Parteifreunden anschließe, da aber der zweite Vorsitzende nicht anwesend sei, sei das Präsidium bevollmächtigt; aus diesen Gründen vertage er die Sitzung auf zwei Tage später.

Darob großer Hallo bei den Zurückbleibenden. Wiber alles Recht prüff den frühere stellvertretende Vorsteher Weger ein, um die Sitzung weiterzuführen. Dagegen erhob ein im Saale postierter Vertreter der Unabhängigen Protest, an den sich anfänglich die Parteien nicht lehnen wollten. Mittlerweile wurde aber den Rechtssozialisten doch nicht wohl bei der Sachlage, sie hielten ihre Mitglieder fortgehen, um nach Einbringung eines erneuten Antrages auf Vertagung die Beschlußfähigkeit und damit die Vertagung herbeizuführen. Damit hatten unsere Ge-

woren. Dieses Mal jedoch legte sich die gute Mutter Natur ins Mittel, der Schmerz war so furchtbar, daß Jimmie das Bewußtsein verlor, und als der Feldweibel sah, daß er um sein Mittel betrogen werde, bond er Jimmie los und ließ ihn auf den flachen Steinen liegen.

Drei Tage lang bestand Jimmies Leben abwechselnd aus Hölterqualen und Ohnmachten — die übliche Routine der dritten Sektionsmethode bei hartnäckigen Fällen. In lichten Augenblicken schrie Jimmie zu dem Gott in seiner Seele auf, und dieser Gott nahte in seiner Glorie, von himmlischen Heerschaaren geleitet, Triumphgesänge ertönen in Jimmies Seele —, und der Gefangene „kam nicht zur Einsicht“.

Am vierten Tage betreten seine drei Henker das Verließ, hoben ihn auf, trugen ihn die Treppen hinauf, hüllten ihn in Decken und setzten ihn in ein Automobil.

„Hören Sie,“ — sagte Perkins, der neben ihm saß — „Sie kommen jetzt vor's Kriegsgericht. Haben Sie verstanden?“

Jimmie gab keine Antwort.

„Und ich will Ihnen nur eines sagen — in Ihrem eigenen Interesse —, wenn Sie den Leuten vorlägen, wir hätten Ihnen etwas getan, so schlepe ich Sie ins Verließ zurück und reiße Ihnen jedes Glied einzeln aus.“

Jimmie schwieg noch immer; verbodter kleiner Teufel, dachte Perkins bei sich. In Jimmies Seele jedoch floderte Hoffnung auf. Konnte er sich jetzt an höhere Instanzen wenden und seinen Henkern entkommen? Jimmie glaubte an sein Land, glaubte an die Absicht seines Landes, die Demokratie zu verteidigen. Er hatte die herrlichen Reden des Präsidenten Wilson gelesen und es sah ihm unmöglich, daß der Präsident gestatten würde, einen Gefangenen zu foltern. Doch ach, es ist weit von Archangel bis zum Weißen Haus. — und die Strecke wird noch weiter, mißt man sie durch die Verzweigungen des Armeeparates, — denn dann wartet der Bureaucratismus wie eine Hindenburglinie von Staheldraht.

Jimmie wurde in ein Zimmer geführt, in dem sieben streng und feierlich dreinickende Offiziere um einen großen Tisch standen. Perkins hielt ihn unter den Äselhöhlen, um den Eindruck hervorzurufen, der Gefangene könne geben. Jimmie ward auf einen Stuhl gesetzt; er blickte sich um — die Geführten, die er sah, stöhnten ihm wenig Hoffnung ein.

(Fortsetzung folgt.)

# Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermine zur Kühle.

Ganz in den Unliefen von Jimmies gefolterter Seele ereignete sich etwas Seltsames. Gebunden, hilflos, verzweifelt, in Schmerzengrämpfen daliegend, schrie Jimmie wortlos nach Hilfe — und sie wurde ihm. Es kam jene Elise, die Sterkermauern durchdringt, der Sterkermesser und Donker spottend, die Macht, die Eisenbarren und die Barren der Angst zertrümmert!

„Gewaltige Bundesgenossen sind dein, Elise, Quaien sind die Freunde, Und Liebs und der unbesiegbare Geist.“

In Jimmie Higgins Seele tönte die Stimme auf, die alle Drogenen und Befehle der Tyrannen überhört, und sprach: „Ich bin ein Mensch, ich bin Sieger. Ich bezwinde das Fleisch, überwinde den Körper, erhebe mich über ihn. Ich trocke der Vorhölle, der Kängste des Leibes, seiner Sterkerzelle. Ich bin die Wahrheit, und die Welt wird meine Stimme hören. Ich bin die Gerechtigkeit und werde in der Welt herrschen. Ich bin die Freiheit und breche alle Ketten, lasse alle Verbote, ich triumphiere, ich werde die Welt befreien!“ Und weil durch alle Zeiten und in allen Ländern diese heilige Gewalt in den Menscheneseelen geweilt, weil die menschliche Stimme in ihnen erklingt hat, ist die Menschheit aus Nacht und Barbarei vorgedrungen, hat im Traum die Biston einer freien, glücklichen Welt geschaut.

Jimmie lag da, seine Schmerzen in Ekstase wandelnd, in eine schwindende, gefährliche Verzückung, die an der Grenze des Wahnsinns steht. Perkins erhob sich, schüttelte den Kopf. „Teufel, was steckt in dem Höllebund?“ Er beriefte Jimmie einen Stich in die Rippen; Jimmies Seele flatterte auf und fuhr durch Zwirgleisten der Bein. „Weißt du ich werde Sie zum Reden bringen!“ Er flüchtete die Hände und gab Jimmie Auftritte mit den schweren Stiefeln. — bis Connor ihn darauf aufmerksam machte, dies sei unmoralisch — es lasse Spuren zurück.

Blöcklich sagte der Feldweibel: „Warten Sie.“ Er verließ die Zelle und begab sich in das Zimmer, wo Gannett auf und ab schritt.

„Seinamt“ — erklärte er — „Ich fürchte, wir brauchen Zeit für diesen Kerker ist unglaublich hartnäckig. Will er nicht arbeiten?“

„Ich habe, trotzdem ich alle Mittel anwandte, kein Wort aus ihm herausgebracht. Ich wollte Sie fragen — sind Sie auch gewiß, daß er etwas weiß?“

„Vollkommen“ — erwiderte Gannett — „er hat Flugblätter verteilt, die er unmöglich selbst gedruckt haben kann. Er hat mich bestimmt belogen.“

„Er ist Sozialist, nicht wahr?“ — fragte der Feldweibel — „Sie würden gar nicht glauben, was diese Kerle ausfallen können. Ich werde mich weiter mit ihm abgeben und Ihnen berichten, sobald wir Erfolg haben, doch fürchte ich, es hat wenig Sinn für Sie, hier zu warten.“

Der Offizier verließ das Gefängnis, und Perkins kehrte in das Verließ zurück und beschloß, Jimmie soll alle zwei Stunden mit Wasser angefüllt werden, vorher aber jedesmal befragt werden, ob er reden wolle. Jimmie lag ganz allein am Boden, wimmerte und weinte, bisweilen von gewaltiger Ekstase durchsetzt, die nicht anhält, sondern stets durch Willenskraft erneut werden muß, wie ein müdes Pferd mit Sporen und Peitsche angetrieben wird. Diese Schläge konnte niemals mit einem völligen Sieg enden. Wie kann der Körper völlig vergessen, wie können seine schreienden Bedürfnisse gänzlich unterdrückt werden? Gott selbst naht dem Gefangenen, doch folgt ihm auf dem Fuße der Zweifel. Woju dies furchtbare Opfer? Was wird es nützen, wer wird davon erfahren, wenn liegt etwas daran? So irrt sich Salan in der Seele, so wührt der ewige Zweikampf an, zwischen dem neuen Traum des Menschen und den alten Dingen, die er selbst zum Geis erhoben hat.

## Siebendundzwanzigstes Kapitel.

Jimmie Higgins stimmt für die Revolution.

I.

Ein neuer Tag war angebrochen, obgleich Jimmie in seinem Verließ dies nicht bemerkt hatte. Er mußte bloß, daß Feldweibel Perkins zurückgekehrt war und auf ihn herabblitzte, sich dabei eifrig in den Zähnen stöhnend. Dieser keine Volkswelt hatte die Wasserfur länger ausgehalten als je ein anderer; Perkins fragte sich, was der Kerker wohl damit zu erreichen glaube.

Doch galt es, sich weiter mit ihm zu beschäftigen, denn der Leutnant hatte bereits telephonisch angefragt, ob der Gefangene „zur Einsicht gekommen“ sei, und hatte die Dringlichkeit des Falles betont. So hing der Feldweibel Jimmie abermals an den Daumen auf, diesen armen Daumen, die entsetzlich ungeschicklichen und ganz schwarz

...sagen ihren Hoch noch erreicht, aber die Rechtssozialisten hatten sich blamiert. Das schien selbst der „Vorwärts“ zu fühlen. Der meiste, es wäre wohl besser gewesen, von vornherein für die Verlegung zu stimmen.

Aus für den blamablen Ausgang zu reuanchierten, begannen sämtliche Parteien in der zwei Tage später — am 15. Januar — stattfindenden Stadivertreterversammlung ein Wettstreiten gegen den Vorsteher, Genossen Dr. Wehl. Deutschnationale, Christliche, Demokraten und Rechtssozialisten gaben ihrer Entrüstung Ausdruck über den „Mißbrauch der Vorstehergewalt“ durch den Vorstehenden Dr. Wehl. Er habe sein Amt mißbraucht, weshalb ihm die emen „stärkste Mißbilligung“, die anderen „unerhörtes Vorgehen“, wieder andere „das härteste Mißtrauen“ aussprechen, aus dem Genosse Wehl die Konsequenzen ziehen sollte, während unse Fraktion dem Vorsteher ihre vollste Zustimmung versicherte. Und in der Tat: Genosse Wehl war und ist vollkommen im Recht. Die bürgerlichen Parteien haben es abgesehen, zwei Vorsteher-Stellvertreter zu wählen, weil sie nicht zwei gleichberechtigte Parteien haben wollten, wie das im Vorjahre der Fall war. Das rücht sie in der Versammlung am 15. Januar. Außer Wehl war ein anderer Vorsteher nicht anwesend, die Stellvertreterwahl war ausgelegt, das Präsidium war tatsächlich verwaist.

Aber auf sachliche Gesichtspunkte kommt es bei dem Stände der Dinge den Reuten im Rathaus gar nicht mehr an. Es handelt sich um eine systematische Orde gegen die Unabhängigen, die heute um so leichter ist, als sie sich ohne Preße kaum wehren können. Wie dabei in ständiger Wut aller Verband zum Teufel geht, geht aus der Tatsache hervor, daß bei der in der Sitzung vom 15. Januar stattgefundenen Wahl für zwei Vorsteher-Stellvertreter die Rechtssozialisten mit Hilfe der Bürgerlichen die absolute Stimmenmehrheit bekamen, während unter Genesse in der Minderheit blieb, da die Rechtssozialisten sich nicht wählten. Das widerstreicht nun allen Grundätzen, die auch die Rechtssozialisten bisher im Rathaus vertreten haben, nach denen die Stärke der Parteien für die Belegung der Reuter maßgebend ist. Der zweite zum Vorsteher-Stellvertreter gewählte Rechtssozialist, Ritter, führte das denn auch und lehnte die Wab dankend ab. Diese Erklärung ändert nichts an dem Abstimmungsresultat der Rechtssozialisten, das ganz klar ergibt, wie diese Demokraten die Demokratie verstehen.

Diese Vergänge zusammengekommen, sind systematisch für die Katastrophe der Rechtssozialisten. In ihrer sinnlosen Wut gegen alle und alles, was ihnen in ihrer Machtstellung im Wege steht, rennen die Rechtssozialisten alle guten Grundätze über den Haufen. Sie koalieren sich mit allen Arbeiterfeinden und bilden in der Belämpfung der Unabhängigen eine geschlossene Front. Dafür liefern die Vergänge im Berliner Rathaus am 12. und 15. Januar den unwiderleglichen Beweis.

Am einer weiteren Sitzung kamen sie von ihrer Auffassung zurück und nahmen den Sitz erst in Anspruch. Die deutschen Nationalen machten dann noch einen neuen Vorstoß gegen Genossen Wehl als Vorsteher, den sie durch Ausschließung eines Mißtrauensvotums zur Niederlegung seines Amtes nötigen wollten. Dabei fielen sie glänzend herein. Obwohl auch die anderen Parteien dem Stadivertretenden Vorsteher ihr Mißfallen ausdrückten, wurde der Antrag der Deutsch-Nationalen abgelehnt, so daß aus dem ihm zugedachter Mißtrauensvotum ein indirektes Vertrauensvotum wurde. Auch in die preußische Landesversammlung spielte die Frage der Zulässigkeit zweier gleichberechtigter Vorsteher hinein. Die Regierung wollte gelegentlich des Beschlusses über die Schaffung eines Reichs-Verlins die Wahl zweier gleichberechtigter Vorsteher zulassen, aber der Ausschuß gab dem Gesetz eine Fassung, die in Zukunft nur einen Vorsteher zuläßt.

## Betriebsräte.

### Bestimmungen über die Vorbereitung der Wahl.

Es werden Betriebsräte gewählt?

Nach § 1 in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, sind Betriebsräte zu errichten.

Die Frage, ob die Zahl der in einem Betriebe Beschäftigten oder die Zahl der Wahlberechtigten zugrunde gelegt werden soll, wird nach dem Wortlaut des § 1 dahin entschieden, daß alle Beschäftigte, Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte ohne Rücksicht auf das Lebensalter mitgezählt werden. Ein Beispiel: Ein Betrieb beschäftigt 10 Arbeitnehmer, die über 18 Jahre alt sind, und 10 Arbeitnehmer, die das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, also zusammen 20 Arbeitnehmer. Es wird in diesem Betrieb ein Betriebsrat gewählt.

Wo werden Betriebsräte gewählt?

Nach § 2 in Betrieben, die in der Regel weniger als zwanzig, aber mindestens fünf wahlberechtigte Arbeitnehmer beschäftigen, von denen mindestens drei nach den §§ 20 und 21 wählbar sind ist ein Betriebsobmann zu wählen.

Der § 2 mit der Einschränkung auf mindestens 5 wahlberechtigte und mindestens 3 wählbare Arbeitnehmer, bedeutet die Ausschaltung unzähliger Kleinbetriebe, insbesondere diejenigen, in denen vornehmlich Jugendliche beschäftigt werden.

Wer leitet die Wahl zu den Betriebsräten?

Der Betriebsrat (Arbeiter- und Angestellten-Ausschuß) hat nach § 23 Absatz 1 die Pflicht, einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand mit einfacher Stimmenmehrheit zu wählen. Der Wahlvorstand bestimmt seiner Vorstehen selbst.

Unsere Funktionäre in den Arbeiterausschüssen müssen sofort die Wahlen einleiten. Versäumen sie das, dann wird der Unternehmer einen Wahlvorstand bestellen; das wird verhäßt, wenn der Arbeiterausschuß sofort zusammentritt und aus seiner Mitte drei Personen als Wahlvorstand bestimmt. Ist ein Angestelltenausschuß vorhanden, dann muß sich der Arbeiterausschuß mit diesem verständigen.

In den Betrieben, wo weniger als 20 Arbeitnehmer (einschließlich der Lehrlinge) beschäftigt sind, hat der Unternehmer den ältesten wahlberechtigten (nicht den am längsten im Betriebe Beschäftigten) Arbeitnehmer zum Wahlleiter zu bestellen. Unsere Genossen müssen in diesen Betrieben für eine geordnete Wahl sorgen und Protest gegen eventuelle Verhinderung erheben.

Nach dem Gesetz wählt jede Gruppe (Arbeiter bzw. Angestellte) den Betriebsrat für sich, wenn nicht in getrennten Gruppenversammlung bei gemeinsamer Abstimmung mit 2/3 Majorität von jeder Gruppe gemeinschaftliche Wahl beschlossen wird (siehe § 12).

Der Unternehmer ist verpflichtet, die entstehenden Kosten der Wahlvorbereitung und der Wahl selbst zu tragen (§ 26). Der Wahlvorstand muß sofort von dem Unternehmer die Beschaffung einer Wahlordnung verlangen, wie auch das übrige zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl erforderliche Material.

Wahlauschriften.

Der Wahlvorstand hat das Wahlauschriften zu eröffnen, und mit der Unterschrift und Adresse des Vorstehenden zu versehen. Der Auszug der Wahlauschriften muß in den Betrieben an

mehreren Schritten und geeigneten Stellen erfolgen und bis zur Beendigung der Wahl ersichtlich sein.

Das Wahlauschriften muß enthalten: Ort, Zeit und Frist für die Einsichtnahme in die Wählerliste und die Erhebung von Einsprüchen. Ferner die Anzahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder. Es muß ersichtlich sein, wieviel Mitglieder davon auf die Gruppe der Arbeiter bzw. der Angestellten entfallen.

Ferner muß angegeben sein, wieviel Ergänzungsglieder die Gruppe der Arbeiter bzw. der Angestellten zu wählen hat.

Die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerliste beträgt drei Tage. Bis dahin muß auch der eventuelle Einspruch bei dem Vorstehenden des Wahlvorstandes geltend gemacht werden.

Die Frist für die Einreichung der Vorschlagslisten beträgt sieben Tage, vom ersten Tage des Ausschusses gerechnet.

Die Vorschlagslisten müssen die doppelte Anzahl der Namen enthalten, als die in Frage kommende Gruppe an Betriebsratsmitgliedern und Ergänzungsgliedern zu wählen hat. Die Vorschlagslisten sind auf den Listen unter fortlaufenden Nummern in erkennbarer Reihenfolge zu führen. Ruher dem Vor- und Nachnamen müssen Name und Wohnort vermerkt sein. Die Kandidaten müssen außerdem eine schriftliche Zustimmungserklärung abgeben. Der Wahlvorstand muß Ort und Zeit zur Einsichtnahme der Vorschlagslisten für die Wähler bekanntgeben.

## Hüter der Disziplin.

Der „Vorwärts“ hat sich selbstverständlich noch nicht über den „Disziplinbruch“ unserer Partei, begangen durch die Propaganda für revolutionäre sozialistische Betriebsräte, beruhigt. Herr Franz Krüger tritt auf den Plan und beweist die ministerial-direktionale Feder. Unser Tun sei von „Arbeiterfeindlichkeit“ diktiert — sagt ausgeprochen Herr Krüger. Dann fährt er fort:

Sollen die Betriebsräte zu einem mächtigen Bollwerk im Kampf der Arbeitnehmer um angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen, um den Ausbau und die Durchführung der Sozialpolitik und weiterhin um die Sozialisierung der Wirtschaft werden, so muß die auf wirklich gewerkschaftlichem Boden stehende Arbeitnehmerschaft ihre ganze Kraft anspannen und zusammenfassen, um in ihrer Hand die ganze Macht der Betriebsräte zu konzentrieren. Der Kampf gegen Geiß und Harmonie-Verbände, gegen Organisationen, die nur eine Schutztruppe der Unternehmerr sind, auch dann, wenn sie sich fälschlicherweise den Namen „Gewerkschaft“ beilegen (wie zum Beispiel die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände), ebenso aber auch der Kampf gegen die syndikalistischen und kommunistischen Betriebe, Industrie- und sonstigen Organisationen muß daher bei diesen Wahlen für die freien Gewerkschaften in erster Linie stehen.

Von den geschwollenen Reden, die hier einer der treuesten Verbündeten der herrschenden Bourgeoisie über die Sozialpolitik und die Sozialisierung im Munde sagt, wollen wir gar nicht reden. Aber es ist doch noch nicht lange her, daß die Rechtssozialisten bei den Arbeiterausschüssen in großen Metallbetrieben Bündnisse mit den von Krüger genannten Harmonievereinen, den Christ- und anderen Gewerkschaften, gegen die freien Gewerkschaften schlossen. Es ist ferner noch in aller Erinnerung — und ist überdies den Vergesslichen erst eben wieder vom „Vorwärts“ ins Gedächtnis gerufen worden — daß es die Rechtssozialisten sind, die in der „Technischen Rothhilfe“ eine Arbeiterorganisation des Klassenbewußten Proletariats sehen. Und die Leute reden jetzt von Disziplinbruch und rufen zum Kampf gegen Schutztruppen der Unternehmerr. Haben sie wirklich geglaubt, die revolutionäre sozialistische Arbeitnehmerschaft Berlins würde auf ihre Pläne hereinfallen und dem dunklen Treiben, das sie von ihnen gewohnt ist, das Feld überlassen, indem sie von einer eigenen Propaganda Abstand genommen hätte?

Schließlich erklärt der Herr Krüger, für die Wahlen zum Betriebsrat dürfe nicht die politische Gesinnung des Kandidaten maßgebend sein, sondern allerlei andere Eigenschaften. Und das von und mehrfach erwähnte Plüschblatt Ihrer Partei, Herr Ministerialdirektor? Sollen wir denn täglich wiederholen, daß dies die erste portopolitische Aktion im Wahlkampf war?

## Gewerkschaftliches.

### Zu den Entlassungen von Eisenbahnarbeitern.

In welcher Weise die Eisenbahnerverwaltung bei Entlassungen vorgeht, darüber werden uns fortgesetzt neue Mitteilungen gemacht. In der Eisenbahnerverwaltung L. B. sind Leute entlassen worden, die länger als 30 Jahre im Dienst waren. Sie gehörten den II. S. B. an oder waren mit unseren Ideen einverstanden. Besonders kennzeichnend ist folgender Fall. Ein Schlosser bekam 1917 auf „allerhöchsten Befehl“ das Verdienstkreuz für Kriegsdienste für seine treuen Dienste, die er dem Vaterland erwiesen hatte. Es wurde ihm eigenhändig vom Eisenbahn-Präsidenten mit Handschellen überreicht. Außerdem hat sich derselbe Schlosser eine Krankheit durch Verschulden seines Werkmeisters zugezogen, so daß er dauernd erwerbsunfähig geworden ist. Jetzt ist derselbe Arbeiter entlassen worden, trotzdem er schon über 15 Jahre dort gearbeitet hat. Es liegt gegen ihn weiter nichts vor, als daß er der II. S. B. angehört. Es wird weiter berichtet, daß bis jetzt über 1/2 der Kollegen entlassen sind, die der II. S. B. angehören. Ein Arbeiter ist entlassen worden, weil er in der Versammlung „hebräische Zivilisiertheit“ gemacht haben soll. Ferner sind zwei Mann entlassen worden, weil sie im März vorigen Jahres Streikposten gehalten haben, und dann in Haft gewesen sind. Die reaktionären Verwaltungsbeamten sind wieder oben auf. Wärrer ist Trumpf. Und da redet der Eisenbahnminister davon, daß die Entlassungen nach sozialen Rücksichten erfolgten.

### Gewerkschaftliche Angestellten-Organisation oder Kommunalbeamten-Vereinigung.

Durch eine recht schwammige Verfügung des Bürgermeisters Reide wiegen sich eine große Anzahl von städtischen Angestellten in der angenehmen Hoffnung, Beamte zu werden. Schon diese Hoffnung ist für einen kleinen Kreis von Angestellten Grund genug, aus dem Zentralverband der Angestellten auszuschleiden und dem Kommunal-Beamten-Verband beizutreten.

Mit dieser Angelegenheit befahte sich eine Versammlung der Stadt-Gewerkschaften am Freitag.

Das Referat hielt Stedel vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten. Ausführlich beleuchtete der Referent die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer Sonderorganisation und ihre Wirkung auf das Reich. Die Verfügung des Bürgermeisters Reide sei nichts anderes, als ein auf eine lange Etage gebundenes Bündel von. Hinter das es sich recht fleißig betreiben sollen. Weiter wies der Redner darauf hin, daß doch in erster Linie Militäranwärter, Kriegsbeschädigte, vertriebene Beamten aus den geräumten und besetzten Gebieten eingestellt würden. Die Verfügung des Bürgermeisters müßte die Angestellten in neue Sozialmängel bringen, mit den nörgeinden Personen soll „tabular“ gemacht werden. Wer seine Herkunft nicht verleugnen,

sich in der Öffentlichkeit nicht herabwürdigen und sich die Sympathien der werthigen Klasse nicht verküppeln wolle, der dürfe die Abspaltung von der freien Gewerkschaft nicht mitmachen. Dannemann sprach als Vertreter des Kommunal-Beamten-Verbandes im Interesse desselben.

Bezeichnend für die Tendenz des Kommunal-Beamten-Verbandes ist, daß ein Anhänger desselben ein Loblied auf die Kommande anstimmte und mitteilte, daß er Entler lernen würde, um Reichspräsident werden zu können. Und dieser Verband vertritt die Angestellten als Sturmböck von seinen Narren zu spannen.

Es wurde folgende Resolution gegen etwa 20 Stimmen angenommen:

„Die am 20. 2. 20 von etwa 1000 Angestellten der Stadt-Gewerkschaft besuchte Versammlung betont nach wie vor die Notwendigkeit, mit den in privatrechtlichen Unternehmungen tätigen Angestellten in enger Gemeinschaft den Kampf um den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg aller Privat-Angestellten solidarisch zu führen. Durch einen Anschluß an eine Beamtenorganisation müßte die Erbtüchtigkeit und demzufolge die Selbstbestimmung der beschriebenen Angestellten in ihren eigenen Angelegenheiten eingeeignet und vielmehr überhaupt beeinträchtigt werden. Die rechtlichen und sonstigen Unterschiede zwischen den Privat-Angestellten und den Beamten machen es aus diesen Gründen erforderlich, aus einer freien und selbständigen Bewegung der Privat-Angestellten unbedingt aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde und nach aller Erfahrung beschließen die Versammelten, daß nach wie vor die freie Gewerkschaft — der Zentralverband der Angestellten — für alle beschriebenen Angestellten auf Privat-Dienstvertrag die allein zuständige Organisation ist.“

### Funktionärkonferenz in der Lebensmittelindustrie.

Die Funktionäre der in der Lebensmittelindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer von der Zentralen der Betriebsräte einberufenen Konferenz ein Referat des Genossen Fritz Wolf entgegen. Der Redner behandelte eingehend die durch das Betriebsrätegesetz geschaffene Lage und ging auch besonders auf die gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse ein. Die Versammlung stellte sich auf den vom Referenten vorgetragenen Standpunkt und nahm folgende Resolution an:

Die am 19. Februar 1920 in den Bezirksämtern versammelten Funktionäre und Vertrauensleute der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes Groß-Berlins sprechen der Regierung, insbesondere den in ihr vertretenen, den Kurs bestimmenden Mehrheitssozialisten, ihre tiefste Verachtung aus. Sie brandmarken in aller Öffentlichkeit die schmachvolle Verhandlung von Schutzhaft gegen die Führer der revolutionären Arbeiterschaft, ganz besonders die Inhaftierung des Genossen Däumig und anderer Funktionäre des revolutionären Proletariats.

Die Versammelten geloben, unermüdet für die Zusammenfassung aller wahrhaft revolutionären sozialistischen Elemente Sorge zu tragen, und das von den jetzigen Machhabern dem Proletariat auferlegte Joch sobald wie möglich abzuschütteln.

### Deutscher Bauarbeiter-Verband.

(Verein Berlin, Sektion der Puder.)

Wir weisen die Mitglieder darauf hin, daß der Stundenlohn für die Puder sich vom 14. Februar ab um 1,25 M. erhöht. Nach unseren tariflichen Bestimmungen treten dieselben Lohnberechnungen in prozentualen Verhältnis auf für die Puder ein. Der Stundenlohn beträgt demnach vom 14. Februar ab 5,56 M. In gleicher Weise erhöhen sich in prozentualen Verhältnis auch die Akkordpreise. Die Sektionsleitung.

### Achtung! Transportarbeiter!

In der Pianofortefabrik Richard Götze, Kreptow, Eiserstraße 106, befinden sich die Kollegen seit dem 26. Januar im Streik. Die Firma beharrt weiter auf ihrem Standpunkt. Um nun die verkauften Instrumente an die Kundenschaft zu befördern, benutzt die Firma, zur Verdringung der Streikarbeit, folgenden Subbetriebe: Stephan Elupinski, Berlin SO 26, Alsbachstraße 87, unter Mithilfe des Vereins der Instrumentenmacher. Diese holen die Instrumente des Abends von der Fabrik ab, bringen dieselben nach dem Hof von Elupinski und bleiben dort über Nacht auf dem Hof liegen. Am nächsten Morgen werden die Pianos zur Bahn befördert und verladen. Kollegen, die Augen auf! Weibet beide Betriebe und werde keiner zum Streikbrecher, sondern unterstützt unsere dortigen Kämpfer! Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche der Holzindustrie.

### Die neue Branchenleitung der Buchbinder.

Das Resultat der gestrigen Branchenleitungswahlen ergab insgesamt 527 abgegebene Stimmen. Davon erhielten Czerny als Branchenleiter 600, als Kommissionsmitglieder Czerny 477, Gaike 448, Raspar 443, Lüdtke 443, Karluse 429, Peter 407, Kolbe 409, Schaller 402, Köllner 474, Ruhn 81, Ratkau 73, Unterjanz 71, Hoffmann 19 Stimmen. Die vier letztgenannten sind Rechtssozialisten. Gewählt sind somit als Branchenleiter Czerny und die ersten neun als Kommissionsmitglieder.

### Teuerungszulagen für Buchhandels-Markthelfer.

Eine gut besuchte Versammlung der in den Berliner Buchhandlungsbetrieben beschäftigten Markthelfer, Pader usw. beschloß sich mit den vom Arbeitgeberverband Deutscher Buchhändler nach längeren Verhandlungen bewilligten Teuerungszulagen. Nach denselben sollen rückwirkend ab 1. Januar 1920 gezahlt werden: für den Monat Januar 15 M. pro Woche, für die Monate Februar und März 20 M. pro Woche für über 20 Jahre alte männliche und weibliche Arbeitnehmer. Für Jugendliche für Januar: 7 M., 10 M. und 12,50 M. pro Woche, für Februar und März: 9 M., 12,50 M. und 15 M. pro Woche, in den einzelnen Lohnstufen.

In der regen Aussprache erklärten die Versammelten diese Sätze als durchaus unzureichend, sie beauftragten die Organisationsleitung, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Die seit Monaten wartenden und in Bedrängnis geratenen Arbeitnehmer fordern von den Unternehmern die sofortige Gewährung eines Verkaufs-Vorkaufes, bis die Verhandlung endgültig geregelt ist. Die Versammelten beschloßen die Kundgebung des Tarifes zum 31. März 1920.

Die Löhne der über 20 Jahre alten Beschäftigten betragen nach den neuen Angehörigen für Markthelfer: Pader 110 M., Köcheln 140 M. pro Woche, Kullcher 120 bis 140 M., Weibliche 80—100 M., Jugendliche 14—20 Jahre 97,50—95 Mark.

Schlichtbewegung der Angestellten in Berufsvereinigungen und Ortskrankenkassen. Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit weiter erheblich gestiegene Verteuerung aller Lebensbedürfnisse hat der Zentralverband der Angestellten an den Hauptverband deutscher Berufsvereinigungen und an den Arbeitsberedern deutscher Berufsvereinigungen auf Grund der betreffenden Tarifbestimmungen den Antrag gestellt, über eine Erhöhung der Teuerungszulagen resp. des dazugehörigen Gehaltszuschlages in Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen für die Ortskrankenkassen-Angestellten finden am 24. Februar, die für die Berufsvereinigungen am 21. Februar statt.

Lohnberechnung für Lederarbeiter und -arbeiterinnen. Dem Versammlungsausschuß in Nr. 41 der „Freiheit“ ist noch hinzuzufügen: Für Akkordarbeiter wurde ein Schlichtungs nicht gefordert, sondern die Regelung des prozentualen Zuschlages zu den Akkordarbeiten den Betriebsräten mit den Betriebsleitungen in den Betrieben einzeln überlassen.



